

12/SN-88/ME

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf(Präs) - 300098/59 - G1  
-----

Linz, am 25. Februar 1988

DVR.0069264

Bundesgesetz, mit dem das Fami-  
lienlastenausgleichsgesetz 1967  
geändert wird;  
Entwurf - Stellungnahme

Zu GZ 28 0102/1-II/8/88 vom 11. Jänner 1988

An das

Bundesministerium für  
Umwelt, Jugend und Familie

Mahlerstraße 6  
1015 W i e n

Schriftl. Entwurf	
Z' 1	GE 0 B
Datum:	3. MRZ. 1988
Verf.:	- 4. MRZ. 1988 Jäger

H. Klawns

Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, zu dem mit der  
do. Note vom 11. Jänner 1988 versandten Gesetzentwurf wie  
folgt Stellung zu nehmen:

Das im Rahmen der Schulbuchaktion in Aussicht genommene Ein-  
sparungsmodell (Förderung der Weiterverwendung noch brauch-  
barer Schulbücher durch Geldablösen an Schüler für nichtein-  
gelöste Schulbuchgutscheine) begegnet administrativen und  
pädagogischen Bedenken.

1. Am Beispiel der Gegebenheiten lehrgangsmäßig geführter  
landwirtschaftlicher Berufs- und Fachschulen wird darauf  
hingewiesen, daß in den ersten Schulwochen die Versorgung  
der Schüler mit den entsprechenden Schulbüchern mit nicht  
unerheblichen Schwierigkeiten verbunden sein könnte. Die  
derzeitige Vorgangsweise ist die, daß vom Schulleiter die  
im Rahmen der Schulbuchkonferenz ausgewählten Gutschei-  
nbücher nach den zu erwartenden Schülerzahlen als Sammel-  
bestellung dem Buchhändler so rechtzeitig bekanntgegeben  
werden, daß diese Bücher zu Schulanfang auch an alle

- 2 -

Schüler ausgeteilt werden können. Die Entwurfsregelung läßt befürchten, daß in den ersten Wochen (Lehrgangsdauer der Berufsschule: 7 Wochen) die Ausgabe von Schulbüchern nicht reibungslos abgewickelt werden kann, weil der Schulleitung zunächst nicht bekannt ist, wieviele Schüler zu Schulbeginn bereits im Besitz der erforderlichen Lehrbücher sind (zufolge einer Weitergabe der Lehrbücher durch Geschwister, Verwandte oder Freunde). Somit können von den Schulleitungen vor Schulbeginn keine präzisen Sammelbestellungen abgegeben werden. Dies könnte u.U. dazu führen, daß die Schüler erst zu spät bzw. überhaupt nicht mit den entsprechenden Lehrbüchern versorgt werden.

2. Vor allem zum fragwürdigen pädagogischen Aspekt des Novellenvorhabens, aber auch zur voraussichtlichen administrativen Aufwendigkeit der "Schulbuch-Taschengeldaktion" zeigt der Familienbeirat der o.ö. Landesregierung folgende Einwände auf:

- An sich sollte pädagogische Zielrichtung im Rahmen der Schulbuchaktion der richtige Umgang mit Büchern sein; auch der ideelle Wert des Buches sollte betont werden. Dieser Zielsetzung könnte durch finanzielle Zuwendungen bei Verzicht auf ein neues Buch entgegengewirkt werden. Auch wenn man bedenkt, daß ein AHS-Oberstufenschüler im Durchschnitt über einige hundert Schilling Taschengeld verfügt, dürfte es schwierig sein, mit einer Bargeldabläse von 25 % des Warenpreises des Schulbuches (in der Praxis wird das wahrscheinlich deutlich weniger sein) eine besondere Motivation zu erzielen. Pädagogisch wertvoller schiene es, dem Schüler zu sagen: Dies ist der Beginn des Aufbaues deiner persönlichen Bibliothek, zumal viele Bücher der AHS als Nachschlagewerke bei einem Studium und auch später noch nützlich sind.

- 3 -

- Die organisierte Wiederverwendung dürfte weder über Schüler und Eltern, sondern nur über die Lehrerschaft realisierbar sein. Diesfalls ist mit erheblichen Mehrkosten zu rechnen.
- Da infolge der Wiederverwendung die Ausstattung (Papierstärke, Bindeart, Einbandmaterial, usw.) des Schulbuches wesentlich verbessert werden müßte und die Auflagen kleiner würden, sind höhere Preise zu erwarten. Parallel dazu würden die derzeit bestehenden behördlichen Einschränkungen ("Ausstattungslimits") hinfällig (ebenso die derzeit gültige Musterkalkulation).
- Die Einsparung der angegebenen 150 Mio. S (= ca. 1/6 des gesamten Schulbuchaufwandes!) scheint unrealistisch, weil die Schulbuchaktion im Pflichtschulbereich den größten Kostenanteil verbucht. In diesem Bereich sind aber insgesamt kaum noch Einsparungsmöglichkeiten vorhanden, weil ein Großteil der hier verwendeten Bücher Arbeitsbücher sind, die ohnedies nicht weiter gegeben werden können. Wenn allerdings tatsächlich 150 Mio. S eingespart werden sollen, wäre eigentlich zu erwarten, daß dieses Geld in den Familienlastenausgleichsfonds zurückfließt.
- Insgesamt scheint die vorgeschlagene Art der Abwicklung administrativ sehr aufwendig (Nachweis der Identität des Schülers; Spesenbelastung bei Einlösung des Schulbuchgutscheines hat der Schüler zu tragen; Gutscheine können nur zwischen 1.11. und 15.6. des betreffenden Unterrichtsjahres eingelöst werden).
- Das beabsichtigte System eröffnet nicht nur die Möglichkeit, daß Bücher innerhalb der Familie weitergegeben werden, sondern daß auch außerhalb der Familien

stehende Schüler - zum Beispiel Schüler älterer Jahrgänge einer Schule - ihre Bücher an nachfolgende Jahrgänge abgeben. Hier erhebt sich die Frage, ob der Vorbesitzer die Bücher gratis hergibt bzw. ob dem Bucherwerber tatsächlich dann die 25 % als Taschengeld bleiben. Wenn der Vorbesitzer einen Ablösebetrag verlangt, wird der Nettobetrag für den erwerbenden Schüler noch geringer.

- Erinnert wird in diesem Zusammenhang auch an den Vorschlag der Familienorganisationen (Kath. Familienverband), daß anstelle des Gratisschulbuches überhaupt ein Schulmittelscheck an die Eltern direkt ausgehändigt werden soll (dies würde die Eltern in die Lage versetzen, auch andere Schulmittel und nicht nur Bücher anzuschaffen, wobei dann tatsächlich eine Entlastung des Familienbudgets gegeben wäre).
- Der vorgesehene Inkrafttretenstermin der Novelle mit 1. September 1988 betrifft erstmalig das Schuljahr 1988/89. Dieses Schuljahr ist aber verlagsseitig (18monatige verlegerische Vorbereitungszeit!) bereits "gelaufen", so daß der Zeitpunkt von der Abwicklung her unrealistisch scheint.
- Das geschätzte Einsparvolumen von 150 Mio. S scheint auch deshalb kaum erreichbar, weil dies bedeuten würde, daß sich fast alle AHS-Oberstufenschüler die Bücher auf diesem (materiell belohnten) Weitergabe- und Wiederverwendungsweg besorgen. Von Verlegerseite wird die Einsparung maximal auf 20 Mio. S pro Schuljahr **ge-**schätzt (diese Zahl enthält aber lediglich den Wert der weitergegebenen Schulbücher und keine zusätzlichen Kosten, die bei einer organisierten Weitergabe anfielen, wie z.B. Mehrkostenaustattung, Bibliotheksverwaltung,

- 5 -

Weiterverrechnung der durch geringe Auflagenhöhe anfallenden Fixkosten der Verlage, Personal und anderes mehr).

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:

H ö r t e n h u b e r

Landesamtsdirektor

b.w.

-----

- 6 -

**Amt der o.ö. Landesregierung**Verf(Präs) - 300098/59 - G1  
-----

Linz, am 25. Februar 1988

DVR.0069264

- a) Allen  
    oberösterreichischen Abgeordneten zum  
    Nationalrat und zum Bundesrat
- b) An das  
    Präsidium des Nationalrates  
    1017 W i e n , Dr. Karl Renner-Ring 3  
    -----
- c) An alle  
    Ämter der Landesregierungen
- d) An die  
    Verbindungsstelle der Bundesländer  
    beim Amt der NÖ. Landesregierung  
    1014 W i e n , Schenkenstraße 4  
    -----

(25-fach)

zur gefälligen Kenntnis.

Für die o.ö. Landesregierung:

H ö r t e n h u b e r

Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung: